

**1.** Die demographischen Veränderungen in der Bevölkerung sind deutlich spürbar: 2016 leben in Baden-Württemberg mehr als 2 Millionen Menschen im Alter ab 65 (= ca. 20% der Gesamtbevölkerung). Diese Zahl steigt bis 2030 auf ca. 2,7 Millionen - jeder vierte davon wird über 85 Jahre alt sein. Dieser Entwicklung müssen Staat, Politik und Gesellschaft verstärkt Rechnung tragen, denn Baden-Württemberg soll wieder ein Land des ausgewogenen Miteinanders aller Generationen werden. Dabei gilt: Die ältere Generation ist Gewinn, nicht Last für die Gemeinschaft.

Leistungen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Ehrenamt müssen besser als bisher erkannt, genutzt und gefördert werden.

Unser Ziel ist eine Generationenpolitik, die es älteren Menschen erlaubt, möglichst lange ein aktives, eigenverantwortliches und unabhängiges Leben in Familie und Gesellschaft zu führen, ohne die nachwachsenden Generationen in Daseins- und Zukunftsgestaltung zu beeinträchtigen. Generationengerechtigkeit ist für uns von besonderem Wert.

Lebensalterbeschränkungen, die Menschen von bürgerschaftlichem Engagement oder öffentlichen Funktionen ausschließen, müssen überprüft werden. Starre Altersgrenzen stimmen mit der Wirklichkeit u.a. in der Arbeitswelt, bei Finanzdienstleistungen sowie im Rechts- und Gesundheitswesen nicht überein und müssen aufgehoben werden.

**2.** Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand muss gründlicher vorbereitet und unterstützt werden. Viele ältere Menschen wollen – auch ohne finanzielle Not - über Regelaltersgrenzen hinaus arbeiten. Die Verdrängung der Älteren aus dem Arbeitsmarkt darf nicht durch „Frühverrentungsprogramme“ gefördert werden. Statt Regelaltersgrenzen müssen flexible Übergänge entsprechend heutiger Lebenserwartung eingeführt werden. Ziel ist es, Berufsbilder und Tätigkeitsprofile so zu entwickeln, dass ältere Arbeitnehmer ihre spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten einbringen können.

**3.** Altersbezüge sollen ein auskömmliches Leben im Alter ermöglichen. Es muss verhindert werden, dass Bezieher von Altersbezügen oder künftige Rentner mit dem Ruhestand in eine Armutsfalle geraten. Arbeit muss sich - auch im Blick auf künftige Altersbezüge – lohnen. Dieser Grundsatz darf nicht aufgegeben werden. Für die sog. „Flexi-Rente“ müssen verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

**4.** Zielgerichtetes Umdenken in Wohnungsbaupolitik, Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung muss zeitnah Antworten geben auf die deutlichen Veränderungen der Altersstruktur. Umbau und Neubau von familien- und altersgerechten Wohnungen müssen gefördert werden. Mietwohnraum muss bezahlbar bleiben. Ältere Menschen sollen so lange wie möglich in ihren vertrauten vier Wänden wohnen können.

Durch Gestaltung des Wohnumfeldes müssen Einkaufsmöglichkeiten, Arzt und Apotheke z.B. durch Bürgerbus erreicht und die Teilhabe am sozialen Leben in der Gesellschaft gewährleistet werden. Die Versorgung durch Bahn und ÖPNV – insbesondere im ländlichen Raum – ist zu verbessern.

**5.** Gute ärztliche Versorgung, wohnortnahe Krankenhäuser und die Gewissheit, gegebenenfalls fachgerecht und menschenwürdig gepflegt zu werden, sind grundlegende Voraussetzungen für ein lebenswertes Wohnumfeld. Dazu gehören Maßnahmen im ambulanten Pflegebereich, in der geriatrischen Rehabilitation sowie im Betreuten Wohnen.

Der Abbau bürokratischer Vorschriften und überflüssiger Dokumentationspflichten ist weiter voranzutreiben.

Die Senioren-Union steht für Erhaltung des Lebens und gegen Suizid.

Wir fordern ein Verbot organisierter oder gewerbsmäßiger Sterbehilfe. Wir wollen weitere Förderung der Palliativmedizin und Ausbau der Hospizversorgung.

**6.** Der ältere Mensch soll sich auch als Verkehrsteilnehmer sicher fühlen und vor den Gefahren des Straßenverkehrs geschützt werden. Polizei und Kommunen müssen durch Verkehrsüberwachung und konsequente Ahndung gefährlicher Verkehrsverstöße für die Einhaltung von Verkehrsvorschriften sorgen und dadurch vor Unfällen schützen.

Eine altersangepasste Verkehrsinfrastruktur, Fußgängerüberwege, Schaltzeiten von Ampeln sowie die Trennung von Fuß- und Radwegen verringern Gefährdungen. Wir fordern von den Kommunen, bei der Stadtplanung auf Barrierefreiheit und die Bedürfnisse der älteren Generation und deren Sicherheit zu achten.

**7.** Die zugenommene Kriminalität beunruhigt die Bürgerinnen und Bürger. Eine erhöhte Präsenz von Polizeikräften auf der Straße und die Reaktivierung des sog. Freiwilligen Polizeidienstes könnte Abhilfe schaffen. Die bewährte Präventionsarbeit der Polizei mit gut erreichbaren Beratungsstellen z.B. zum Schutz vor Einbrüchen muss fortgesetzt bzw. wieder sichergestellt werden.

**8.** Der Vollzug der Energiewende muss mit Augenmaß und Rücksicht auf Mensch, Natur und Umwelt erfolgen. Erneuerbare Energien sind ein Mittel der Daseinsvorsorge und müssen verantwortungsvoll angewendet werden. Windenergie bringt keine Versorgungssicherheit solange keine Speichermöglichkeit für den erzeugten Strom besteht. Bei der Nutzung von Windkraft müssen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Verunstaltung der Landschaft als Ausschlusskriterien gelten.

**9.** Die Senioren-Politik soll in einer CDU-geführten Landesregierung anders als bei grün-rot einen hohen Stellenwert erhalten. Die Senioren-Union fordert von der künftigen baden-württembergischen Landesregierung die Schaffung eines Seniorenbeauftragten mit Kabinettsrang. In anderen Fachgremien soll die ältere Generation angemessen vertreten sein.

**10.** Baden-Württemberg hat seinen kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg den „Gründern und Tüftlern“ der jetzt älteren Jahrgänge zu verdanken. Diese haben nach Ende des 2. Weltkriegs unter den von der CDU gesetzten Rahmenbedingungen den sozialen Aufstieg und breiten Wohlstand gestaltet und möglich gemacht. Dies wollen wir fortsetzen.

Bei aller Akzeptanz und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen und Partnerschaften muss Ehe und Familie Vorrang haben.

Deswegen muss 2016 das Jahr sein, in dem die ideologische Bevormundungspolitik von grün-rot beendet wird. Die CDU mit Ministerpräsident Guido Wolf muss bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg wieder die Führungsverantwortung zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger übernehmen.

Dazu will und wird die Senioren-Union mit über 4300 Mitgliedern in den Gemeinden, Städten und Landkreisen unseres Landes beitragen.